

Stadt Haan

Niederschrift über die

6. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 23.09.2010 um 17:55 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:55

Ende:
20:38

CDU-Fraktion

AM Heinz Bogatzki
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Udo Greeff
Stv. Meike Lukat
Stv. Dr. Karl-August Niepenberg
AM Dr. Reinhard Pech
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Vertretung für AM Jens Mühlmeister
Vertretung für AM Ursula Borgmann

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
AM Michael Heinze
Stv. Michael Petersen
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Bernd Krumsiek

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
AM Wolfgang Koziol
Stv. Patrick Sobbe

Vertretung für Stv. Klaus Straßburg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Andreas Rehm

Vertretung für AM Stephanie Zambon

UWG-Fraktion

Stv. Karl-Hermann Käpernick

Vertretung für AM Christian Bigalke

Die Linke

AM Klaus Walter

Verwaltung

Frau Ute Eden
Herr Claus Hippel
Herr Guido Mering
Herr Jürgen Rautenberg
Herr Carsten Schlipkötter

Schriftführer
Herr Fabian Winkler

Die Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:55 Uhr die 6. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

. / Belange des Feuerschutzes

1./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Greeff möchte im Vorfeld der Haaner Kirmes wissen, ob angesichts der Katastrophe bei der Love Parade neue Regelungen oder Anweisungen für ein Sicherheitskonzept existierten.

BAR Schlipkötter meint, grundsätzlich seien Haaner Kirmes und Love Parade nicht miteinander vergleichbar. Zum einen sei die Veranstaltung flächen- und besuchermäßig viel kleiner dimensioniert als die Love Parade, zum anderen besitze man viele Jahre Kirmeserfahrung. Da sich das Sicherheitskonzept seit Jahren bewährt habe, gab es auch nur Grund zu punktuellen Verbesserungen. So seien gelbe Nummernschilder an den Ständen angebracht, die mit der Höhe der Hausnummer auf der Kaiserstraße korrelierten, damit bei Absatz eines Notrufes besser der Ort des Geschehens gemeldet und gefunden werden könne. Zudem sei die Wachstärke während der Kirmes traditionell wegen der längeren Ankunftszeiten am Unfallort verstärkt worden. Insgesamt sei die Feuerwehr auf die Haaner Kirmes sehr gut vorbereitet.

2./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

. / Bauangelegenheiten

3./ Straßenunterhaltung

hier: Abbruch Treppenanlage Wiedenhofer Straße

Vorlage: 70/005/2010

Protokoll:

TA Hippel führt aus, die Treppenanlage weise erhebliche Schäden auf, die nicht unterhalten bzw. restauriert werden könnten. Mit der Rampe liege aber eine Alternative als Wegeverbindung vor, so dass ein kompletter Rückbau der Treppe nicht so sehr ins Gewicht falle. Dies könne auch als Chance gesehen werden, in Zeiten leerer kommunaler Kassen den Standard ein wenig abzusenken, ohne die Sicherheit Einzelner zu gefährden.

Stv. Kohl weist auf die Wichtigkeit dieser einzig gesicherten Straßenverbindung zwischen Wiedenhofer Str. und Zwengenberger Str. hin. Die vorhandene Rampe berge gerade bei Frosttemperaturen erhebliche Rutschgefahr und sollte daher mit einem Handlauf gesichert werden. Dann könne im kompletten Rückbau der Treppenanlage eine kostengünstige Alternative gesehen werden.

Stv. Käpernick hatte die Treppe selbst in Augenschein genommen und dabei festgestellt, dass beide Podeste und viele Stufen sehr instabil seien und damit große Gefahren für Passanten bestünden. Eine notdürftige Reparatur bringe keine dauerhafte Lösung, so dass einer Rampe mit Handlauf als Alternativlösung zugestimmt werden könne.

Stv. Dürr befürchtet einen Einstieg in die Nichtsanierung vieler anderer vergleichbarer Einrichtungen der Haaner Infrastruktur. Dies dürfe nicht zugelassen werden. Auch sei ein Handlauf bei vereister Rampe nicht ausreichend, um die Rutschgefahr wirksam einzudämmen. Es gebe ein berechtigtes Interesse der Anwohner die Treppe gefahrlos zu erreichen. Er schlage daher vor, die Treppe zu sperren und bei besserer finanzieller Lage fachgerecht und nachhaltig zu sanieren, aber nicht abzureißen.

Stv. Lerch bekräftigt, keinesfalls sollte dieser Einzelfall als Einstieg in den kompletten Rückbau maroder Treppen im Stadtgebiet dienen. Sämtliche fußläufigen Verbindungen müssten auch weiterhin gepflegt werden.

AM Koziol sieht im Rückbau der Treppe die wirtschaftlichste und zweckmäßigste Lösung.

Stv. Greeff sieht sich bestätigt, dass Ortstermine in solchen Fällen grundsätzlich zur Klärung des Sachverhaltes beitragen können. Er möchte wissen, wann die Verwaltung den Handlauf an der Rampe fertigstellen könne.

TA Hippel geht davon aus, dass der Handlauf im Dezember fertig sei und der Rückbau der Treppe auch bei schlechter Witterung erfolgen könne. Deren verwendbaren Materialien würden auf dem Betriebshof gelagert. Die Treppe sei nicht so gut zu si-

chern, dass nichts passieren könne.

Stv. Lukat spricht sich gegen ein Vortäuschen falscher Sicherheiten aus.

Die Frage des **Stv. Drennhaus** nach der Haftungspflicht der Stadt trotz Sperrung der Treppe, wird von **TA Hippe**l damit beantwortet, dass die Stadt auch bei Sperrung der Treppe in der Haftungspflicht sei.

Auf Vorschlag des **Stv. Kohl** wird der Beschlussvorschlag ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) 14 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen

zu 2.) einstimmig

Beschluss:

"1. Dem Abbruch der Treppenanlage Wiedenhofer Straße wird zugestimmt (Variante 3).

Haushaltsmittel sind auf dem Produktsachkonto 120120-521221 „Unterhaltung Straßen und Wirtschaftswege“ für die Deponiekosten in Höhe von 400 € vorhanden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rampe durch einen Handlauf zu sichern."

4./ Bericht über Bauprojekte des Tiefbauamtes

Vorlage: 66/013/2010

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung über die Baustellen des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen.

5./ Berichte zum Stand verschiedener Bauprojekte des Gebäudemanagements (GM)
Vorlage: 65/025/2010

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Die Berichte zum Stand der Bauprojekte des Gebäudemanagements werden zur Kenntnis genommen.

6./ Gebäudewirtschaftliches Handlungskonzept für die Stadt Haan
Informationsvorlage zum Stand der Abarbeitung des Sanierungskonzeptes
Vorlage: 65/021/2010

Protokoll:

TA Eden erläutert die Vorlage. Die Verwaltung komme hiermit dem Wunsch der Politik nach Offenlegung der Bearbeitungsstände nach. Als Fazit lasse sich festhalten: Die Stadt Haan habe schon eine ganze Menge abgearbeitet, es sei aber noch viel zu tun.

AM Koziol lobt die schlüssige Vorlage der Verwaltung. Ziel müsse es sein, nach und nach den Sanierungstau abzuarbeiten.

Stv. Rehm fragt nach einer Aufstellung, inwieweit die Klimaschutzziele als Ratsbeschluss Berücksichtigung gefunden hätten.

TA Eden legt dar, die Stelle des Energiemanager sei aufgrund der finanziellen Schräglage des Haushalts bis heute nicht besetzt worden. Angesichts vielfältiger Projekte sei die Personalkapazität im Gebäudemanagement ausgereizt und die Klimaschutzziele genössen keine hohe Priorität.

Stv. Rehm erkennt kein Hexenwerk in der Umsetzung der Klimaschutzziele und möchte dies auch nicht von einem Energiemanager umgesetzt sehen.

TA Eden sieht im AK Personal das bessere Gremium, um diese Thematik zu beraten.

Der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, schlägt vor, die GAL solle einen Antrag zur nächsten Sitzung des BVVFA formulieren und die Verwaltung bitten, einen Experten aus einer anderen Kommune einzuladen.

Stv. Greeff spricht einen Dank an die Verwaltung aus, die viel erreicht habe.

AM Dr. Pech fragt, ob Kostensteigerungen bei den noch laufenden Projekten zu erwarten seien und die Dachsanierung der GS Gruiton schon enthalten sei.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kosten für die Erneuerung der Dachsanierung an der GS Gruiton sind wegen der fehlenden Budgettreife der Planung noch nicht enthalten. Das weitere Vorgehen für den OGS-Erweiterungsbau ist noch nicht abschließend geklärt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Sachstandsbericht des Gebäudemanagement zum Abarbeitungsstand des Gebäudesanierungskonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

. / Verkehrsangelegenheiten

7./ Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2010

hier: Antrag einer Querungshilfe auf der Landstraße / Am Bandenfeld

Vorlage: 66/008/2010/1

Protokoll:

TA Mering erläutert die Vorlage der Verwaltung. Er schickt vorweg, der Verwaltung seien die Gefahrensituationen für Fußgänger an der Landstraße durchaus bewusst. Doch die beantragte Querungshilfe sei selbst vom ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten abgelehnt worden. Man komme nicht umhin festzustellen, dass die damalige Platzierung der Bushaltestellen verfehlt waren.

AM Heinze ist der Ansicht, eine Querungshilfe an dieser Stelle solle für mindestens doppelte Sicherheit. Die LKWs hätten in den Parkbuchten an der Landstraße nichts zu suchen. Die gefahrenen Geschwindigkeiten seien nicht zuletzt auch deshalb so hoch, weil die Straße so breit sei und dem Autofahrer keine optischen Grenzen setze. Eine Verengung der Fahrbahn habe daher nur positive Folgen.

Stv. Lukat moniert eine fehlende Stellungnahme der Polizei zu Unfallstatistik oder Unfallhäufung an diesem Ort.

TA Mering erkennt hier keinen Zeitdruck und möchte die Stellungnahmen der Polizei und der überörtlichen Straßenverkehrsbehörde einholen, um die Vorlage im kommenden BVVFA erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

AM Heinze empfiehlt, vor Einholen einer schriftlichen Stellungnahme der überörtlichen Straßenverkehrsbehörde, dieser telefonisch das mehrheitliche Meinungsbild des Ausschusses zu schildern, damit diese dann wohlwollend Alternativen prüfe. Zur Einschätzung der Verwaltung, den Fußgängern sei der Weg über die nur gering entfernten beampelten Übergänge zuzumuten, weist er darauf hin, dass es in der Natur des Menschen liege, immer den kürzesten Weg zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungs- und Klärungsbedarfs wird die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des BVVFA ausgesetzt."

8./ Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2010
hier: Einrichtung einer Querungshilfe auf der B 228
Vorlage: 66/011/2010

Protokoll:

TA Mering eröffnet mit der Erläuterung der Verwaltungsvorlage. Danach würden die bestehenden Ampelanlagen von den meisten Fußgängern nicht benutzt, doch müsse für eine punktuelle Querungshilfe ein Baum gefällt werden. Auch hier sei der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte gegen eine Querungshilfe an dieser Stelle. Ein Zeitdruck bestehe aber nicht: Wenn der Beschluss noch in diesem Jahr gefasst werde, würden die Mittel vom Bund auch für den Fall bewilligt, dass die Bautätigkeit erst im kommenden Jahr starte.

AM Heinze ist sicher, die Querungshilfe habe eine Magnetwirkung auf die Fußgänger. Dabei stelle er sich eine Ausführung wie auf der Zwengenberger Str. vor.

Stv. Greeff erklärt, die Ampeln seien nicht zu weit entfernt und könnten gefahrlos benutzt werden. Hauptproblem sei die Einsicht der Fußgänger, einen sicheren Überweg zu benutzen. Ein weiteres Problem sehe er in der erschwerten Zufahrt zur Apotheke.

Stv. Kohl sieht die Nachteile größer als den vermeintlichen Nutzen an.

Stv. Rehm ruft in Erinnerung, dass es sich hier um den Haaner Busbahnhof handele, wo ÖPNV-Nutzer umsteigen sollen. Da sei je nach Verbindung und Taktung oftmals Eile geboten und keine Zeit für eine Nutzung der Ampeln, wenn der Bus nicht verpasst werden solle.

AM Heinze fragt, ob die FDP der Querungshilfe zustimmen würde, wenn diese nichts

kosten würde.

Stv. Kohl verneint dies, weil er an die Eigenverantwortung der Bürger appellieren wolle.

AM Heinze wirft der FDP vor, nicht so zu handeln wie man rede. Die Sicherheit der Bürger sei das Wichtigste.

Stv. Lukat hält einen Fußweg von 500 m zur nächsten Fußgängerampel für durchaus zumutbar. Zudem liege auch hier keine Stellungnahme der Polizei zu Unfallhäufung o.ä. vor.

Stv. Käpernick erinnert daran, dass die UWG bereits vor längerer Zeit das Thema der sicheren Innenstadt thematisiert und vorgeschlagen hatte, auf der B 228 von Kampstr. bis Schillerstr. ein Tempolimit von 30 km/h zu erlassen. Andere selbst größere Städte wie Krefeld hätten dies erfolgreich eingeführt.

Stv. Greeff hält ein derartiges Tempolimit auf einer Bundesstraße für unrealistisch zumal kein Unfallschwerpunkt vorliege.

Stv. Rehm formuliert für die GAL-Fraktion den folgenden weitergehenden Antrag: "Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Variante 1 zu verfolgen. Der Stadt dürfen dabei keine weiteren Kosten entstehen."

Stv. Kohl erklärt, die FDP melde Beratungsbedarf an und möchte in der kommenden Sitzung des Rates hierzu beschließen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfs wird die Entscheidung bis zur Sitzung des nächsten Rates ausgesetzt."

9./ Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 29.07.2010
hier: Aufstellung von Warnschildern
Vorlage: 66/012/2010

Protokoll:

AM Walter erläutert den Antrag der Links-Fraktion. Danach lauerten die Gefahren für die Fahrradfahrer an vielen Stellen im Stadtgebiet, wo die Fahrradwege auf die Fahr-

bahnen mündeten. Eine Beschilderung könnte hier Abhilfe schaffen.

TA Mering erläutert, dass die Straßenverkehrsordnung in § 45 klar vorschreibe, dass Verkehrszeichen nur dort anzubringen seien, wo diese zwingend notwendig und unbedingt erforderlich seien. An einer zwingenden Notwendigkeit fehle es aber hier.

Stv. Rehm erläutert auch anhand einiger Fotos, dass die Zustände für Radfahrer in Haan, anders als in Hilden, nicht optimal und verbesserungswürdig seien.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird zurückgewiesen.

10./ Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Haan Vorlage: 61/036/2010

Protokoll:

StOBR Rautenberg weist auf die Ergänzung der Vorlage um eine Stellungnahme der Rheinbahn hin, aus der sich ergebe, dass die vorgesehene Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 02.11.2010 zu spät für eine Berücksichtigung bei der Umstellung des Fahrplanes ab Januar sei. Die Rheinbahn erwarte eine konkrete Äußerung bis zum 01.10.2010, um evtl. Beschlüsse für die Fahrplanumstellung im Januar berücksichtigen zu können. Daher sei die Herbeiführung eines Dringlichkeitsbeschlusses vonnöten.

AM Dr. Pech erklärt, der AK ÖPNV sei sich über die Trennung der Linien O1 und 792 einig gewesen.

Stv. Dürr möchte das Instrument des Dringlichkeitsbeschlusses genutzt wissen. Der AK ÖPNV sehe in einer Linientrennung mehr Vor- als Nachteile, die 24.000 € könnten sinnvoller eingesetzt werden. Der zweite Teil des Beschlussvorschlages habe ihn erneut sehr verstimmt. Es sei nicht einzusehen, dass der AK ÖPNV ständig auf das Wohl und Wehe des BVVFA angewiesen sei, wenn es um die nächste Zusammenkunft gehe. Ziel des AK sei ausdrücklich gewesen, in recht kurzer Zeit gute Ergebnisse zu erzielen. Dies könne er aber nicht, wenn er nicht einmal seinen Tagungsrythmus selbständig festlegen könne.

AM Dr. Pech versteht den Beschlussvorschlag so, dass der BVVFA gerade dem AK einen Reservehaushalt an weiteren Sitzungen zur Verfügung stellen will. Bislang habe der AK ÖPNV schon gute Ergebnisse erzielt, es gebe keinen Grund, die bisherige Praxis zu ändern.

StOBR Rautenberg will den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht als eine Art Bevormundung des AK ÖPNV verstanden wissen, doch stelle die Verwaltung dem Arbeitskreis auch Ressourcen zur Verfügung. Daher halte die Verwaltung eine Beauftragung des Unterausschusses durch den BVVFA für angezeigt.

Stv. Lerch empfiehlt, zumindest den Punkt 1 abzustimmen. Die GAL-Fraktion befürworte eine Einsparung in Höhe von 24.000 € sehr.

Stv. Kohl erkennt in der Frage der Festlegung der Tagungspraxis ein Thema für die Runde der Fraktionsvorsitzenden, die eine eindeutige Regelung finden müssten.

Auf den Hinweis von **AM Dr. Pech**, den Beschlussvorschlag zu Punkt 1 um die Dringlichkeitsentscheidung zu erweitern, erklärt **StOBR Rautenberg**, dies sei nicht nötig, da dies so bereits mit dem Kreis abgestimmt worden sei.

Im Anschluss an die Abstimmung verliert **Stv. Dürr** 4 Anfragen an die Verwaltung. Da diese Anfragen aber weder den anderen Ausschussmitgliedern noch der Verwaltung vorliegen, verlegt der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, die Beantwortung dieser unter den TOP "Beantwortung von Anfragen".

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Zum nächsten Fahrplanwechsel wird die mit dem Fahrplanwechsel am 13.12.2009 erfolgte Trennung der Linien O1 und 792 rückgängig gemacht.
2. Der Arbeitskreis ÖPNV wird zu einer weiteren Sitzung und einem bedarfsweisen Folgetermin einberufen.“

11./ Umgestaltung des Gruitener Bahnhofs

hier: Sachstandsbericht

Vorlage: 61/035/2010

Protokoll:

StOBR Rautenberg erläutert den chronologischen Ablauf des Verfahrens und die Varianten der möglichen Ausführung. Aus Sicht der Verwaltung werde mit der derzeitigen Planung nur eine halbwegs zufriedenstellende Lösung erreicht, weil bei einer mittelfristigen Realisierung nur der Mittelbahnsteig erschlossen werden würde. Da es sich um eine freiwillige Leistung handele und das Nothaushaltsrecht vorliege, beabsichtige die Verwaltung dem Fördergeber mitzuteilen, dass mit einer Realisierung des

Vorhabens vorerst nicht zu rechnen sei.

Stv. Dürr möchte wissen, ob es eine Ausschlussfrist für den Mittelabruf beim Fördergeber gebe und ob die Maßnahme nicht evtl. über die Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Bahn finanziert werden könne.

StOBR Rautenberg führt aus, der Fördergeber fordere ein kurzfristiges Feedback der Stadt Haan ein. Eine Ausschlussfrist sei ihm bislang aber nicht bekannt. Bezogen auf Fördermittelgewährung habe der Bahnhof Gruitener kein hohes Ranking bei der Deutschen Bahn. Hinzu komme, dass Haan die Schnittstelle zwischen den Verkehrsverbänden VRR und VRS darstelle.

AM Koziol plädiert dafür, einen planerisch einwandfreien Abschluss hinzubekommen und die Planung nicht lebendig zu begraben. Es müsse Aussicht auf eine erneute Antragstellung bestehen, sobald dies die Finanzlage der Stadt erlaube.

StOBR Rautenberg erklärt, der planerische Abschluss sei konstruktiv gesichert. Die Verwaltung sehe einen drängenden Handlungsbedarf gegeben, zumal Gruitener einen geographisch und strategisch wichtigen Bahnhof im Kreis Mettmann darstelle.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung zur Umgestaltung des Gruitener Bahnhofs wird zur Kenntnis genommen.

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Dürr verliest die folgenden Anfragen:

Die Stadt Düsseldorf stellt z. Zt. ihren Entwurf für den neuen Nahverkehrsplan auf. Im Zuge dieses Prozesses sind auch der Kreis Mettmann und die Städte des Kreises gefragt worden, ob es Wünsche oder Anregungen für Linienführungen oder Taktänderungen im ÖPNV gibt.

1. Ist auch die Stadt Haan gefragt worden?
2. Wenn ja: Warum ist diese Anfrage nicht im AK ÖPNV erörtert worden?
3. Ist dem Kreis Mettmann / der Stadt Düsseldorf das Interesse an einer Taktverdichtung beim SB 50 zu den Hauptverkehrszeiten am Abend signalisiert worden?
4. Wenn nein: Warum nicht?

StOBR Rautenberg führt aus, die Verwaltung sei am Nahverkehrsplan beteiligt worden und man habe große Übereinstimmung mit den Düsseldorfer Planungen festgestellt. Die Schnittstelle des SB 50 bleibe im Nahverkehrsplan enthalten. Die Verwaltung habe darüber hinaus kein Erfordernis gesehen, den AK ÖPNV einzubinden, weil gültige Ratsbeschlüsse vorlagen. Mit Düsseldorf seien keine Abstimmungen über die Taktung des SB 50 erfolgt, da die Zuständigkeit hierfür bei der Rheinbahn liege. Rheinbahn und Kreis erhalten regelmäßig alle Protokolle des AK ÖPNV in Kopie zugesandt.

Stv. Dürr fragt nach, ob die Verwaltung der Stadt Düsseldorf und dem Kreis signalisieren würde, dass der SB 50 auch abends im 20 min.-Takt fahren solle, um dies in den Nahverkehrsplan einzubinden.

StOBR Rautenberg erklärt, dies widerspreche zum einen dem Nahverkehrsplan und zum anderen sei dies nicht Beschlusslage des Rates der Stadt Haan.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

Zum von den bergischen Großstädten geplanten und auch über Haaner Stadtgebiet verlaufenden Radweg über die Korkenzieherbahn berichtet **StOBR Rautenberg**, die Stadt Wuppertal plane, hierzu EU-Fördermittel heranzuziehen. Da hierzu ein lückenloser Wegeverlauf erforderlich sei, verlaufe der Radweg zunächst nicht mehr über Haaner Stadtgebiet. Haan sei aber angeboten worden per Direktführung wieder eingebunden zu werden. Aufgrund des unklaren Förderumfanges der EU sei dieses Projekt daher mit einigen Fragezeichen behaftet, was die Umsetzung betreffe.

TA Hippel teilt mit, vor der nächsten Sitzung des BVVFA werde ein Ortstermin am Neuen Markt stattfinden. Das Verkehrssicherungsproblem der dort wachsenden Platanen sei zu begutachten.

AM Heinze teilt mit, dass parkende Wohnmobile am Ortseingang Gruitzen den dortigen Parkplatz blockieren und bittet die Verwaltung um Überprüfung.

TA Mering teilt mit, Tiefbauamt und Betriebshof hätten die auslaufenden Jahresvertragsleistungen öffentlich ausgeschrieben. Das Ergebnis der Submission: Für den Bereich Kanal gehe der Auftrag für die kommenden beiden Jahre an die Firma G & O Müller (Solingen), für den Bereich Schachtdeckelsanierungen ebenfalls für die nächsten 2 Jahre an die Firma Ramler (Düsseldorf) und beim Straßenbau erfolgte eine Vergabe für 2 Jahre wie bisher an die Firma Waldhoff (Velbert).